

II-7845 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3860 13

1992 -12- 01

ANFRAGE

der Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend Heimplätze für Studierende

Im Arbeitsübereinkommen zur Bildung einer Bundesregierung für die 18. Gesetzgebungsperiode wurde zwischen den Koalitionspartnern ÖVP und SPÖ Übereinstimmung erzielt, daß es aufgrund der studentischen Wohnmisere zu einem massiven Ausbau von Heimplätzen kommen wird. Zu diesem Zeitpunkt war bekannt, daß am studentischen Wohnungsmarkt allein 7.000 Heimplätze zusätzlich geschaffen werden müßten, damit der in Heimen zu lösende Wohnungsbedarf abgedeckt ist. Es war daher die Absicht der Bundesregierung, diesem Mangel durch einschneidende Maßnahmen abzuhelpfen, von denen der Ausbau von Heimplätzen nur eine erste und besonders dringende darstellen konnte. In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nachstehende

ANFRAGE:

1. Wieviele Heimplätze stehen den Studierenden in Österreich derzeit zur Verfügung? (Bitte um Auflistung nach Universitätsstädten.)
2. Wieviele waren es am 31. 12. 1990? (Bitte ebenfalls um Auflistung nach Universitätsstädten.)
3. Welchen künftigen Bedarf an zusätzlichen Heimplätzen sehen Sie?
4. Wie werden Sie diesen Bedarf decken, bzw. welche konkreten Pläne werden in Ihrem Ressort erarbeitet?
5. Bis wann wird demnach der Bedarf von 7.000 zusätzlichen Heimplätzen (festgestellt zum Zeitpunkt des Arbeitsbeginnes der derzeitigen Bundesregierung) gedeckt sein?
6. Welche Mittel wird der Bund im Budget 1993 für Studentenheime aufwenden?

7. Welche Mittel wird der Bund im Budget 1993 für sonstige Unterstützungsmaßnahmen von Studierenden bei Wohnungssuche, Beihilfen zur Unterbringung, Starthilfen für Jungfamilien, Alleinerzieher aufwenden?
8. Gibt es in Ihrem Ressort eine Schätzung der durchschnittlichen Monatsausgaben von Studierenden für ein Quartier am Studienort? Wenn ja, in welcher Höhe?
9. Welche Möglichkeiten haben Studierende, die am freien Wohnungsmarkt zu überhöhten Preisen Wohnungen mieten müssen, finanzielle Unterstützungen seitens des Bundes zu erhalten, die auf ein allfälliges Stipendium nicht angerechnet werden?
10. Können Sie sich eine Initiative seitens Ihres Ressorts zur Festsetzung einer Mietzinsobergrenze für Studierenden-Zimmer vorstellen? Wenn ja, in welcher Art und Weise?
11. Welche Forderungen bestehen seitens Ihres Ressorts an einzelne Landesregierungen, sich an den erwähnten Förderungsmaßnahmen bzw. Wohnraumbeschaffungen finanziell zu beteiligen?